

Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 20 (2013)
Heft: 225

Artikel: TG : die Kunst des Verlierens ; AR : Hohe Schule des Marketings
Autor: Soller, Adrian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-884468>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Eine starke SP ist eine linke SP.»

«Wer mit Überzeugung verliert, der gewinnt.»

«Mehr Wähler bedeutet, mehr Einfluss zu haben.»

«Als Appenzeller Linker muss man das Wünschbare vom Machbaren trennen.»

«Will die SP mehr Wähler gewinnen, muss sie in die Mitte rücken.»

«Als Thurgauer Linker hat man es schwer.»

National sieht sich die SP als wichtigste progressive Partei. Doch wie sieht das in der ländlichen Ostschweiz aus? *Adrian Soller* hat im Thurgau und in Ausserrhoden nachgefragt.

«Wer an Profil verliert, verliert Wähler.»

TG: Die Kunst des Verlierens

Die SP-Kantonsräte Felix Heller und Peter Gubser über linke Politik im SVP-Kanton.

«Als Thurgauer Linker hat man es schwer», sagt Felix Heller, während Peter Gubser das Parteilokal der SP Arbon aufschliesst. Die beiden Mitglieder des Thurgauer Grossen Rates treffen sich heute – auf Wunsch von Saiten –, um über linke Politik im Thurgau zu sprechen. Gubser geht ums Eck, betritt das Sitzungszimmer, Heller folgt ihm.

Auch wenn die beiden ähnliche politische Ansichten haben, sind sie ein ungleiches Paar. Heller, zwanzigjährig, Student an der Pädagogischen Hochschule, T-Shirt, ist das jüngste Mitglied des Grossen Rates überhaupt. Gubser, 62-jährig, Primarlehrer, Hemd, politisiert schon seit vierzig Jahren in der Thurgauer SP. Gubser legt seine Tasche ab, Heller nimmt zwei, drei Stühle vom Stapel. An der Wand hinter ihm hängen SP-Wahlplakate mit der kurzen Werbebotschaft: Ja.

Mit dem Ja-Slogan machen die Schweizer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit dem Sommer 2009 auf sich und ihr Programm aufmerksam. Die SP sieht sich, so heisst es in ihrem Parteiprogramm, als «wichtigste progressive Partei der Schweiz». Und das Ja soll eben dies prägnant ausdrücken. Es ist ein Ja zum Aufbruch, ein Ja zur Veränderung.

«Im Thurgau verändern wir nichts», sagt Heller, nachdem er sich zu Gubser an den Tisch gesetzt hat. «Nicht aktiv jedenfalls», ergänzt er und runzelt die Stirn. Im Grossen Rat seien sie einfach zu schwach. Er weiss: Stark sind im Thurgau andere. Fast vierzig Prozent der Bevölkerung wählen die ehemalige Bauernpartei, die SVP. Mindestens ebenso viele wählen andere bürgerliche Parteien. Das heisst: Achtzig Prozent der Thurgauer wählen bürgerlich. Und gerade mal ein Achtel der Sitze fällt der SP zu.

Heller: Ein linkes Anliegen hat im Grossen Rat nie eine Chance. Meistens verlieren wir etwa 100 zu 19. Die Linke kann im Grossen Rat nichts bewegen.

Gubser: Ganz so schlimm, Felix, sehe ich das nicht. Manchmal gewinnen wir schon. In finanzpolitischen Fragen zum Beispiel können wir zuweilen eine Mehrheit bilden.

Heller: Ja, aber auch nur dann, wenn wir mit der SVP eine Koalition bilden. Gewinnen wir mal, dann nur, weil wir etwas erfolgreich verhindern. Wir führen einen ständigen Abwehrkampf. Aber im Rat etwas proaktiv bewegen – das können wir, so wie ich das bis jetzt erlebt habe, kaum.

Im Jahr 2009 konnte die SP die Flat Tax, die Abschaffung der Steuerprogression, verhindern. Und das zusammen mit Teilen der SVP. Im Grossen Rat des Kantons Thurgau hofft die Ratslinke meist auf die sogenannte «unheilige Allianz». Zusammen mit der SVP kann die Linke Vorstösse des Thurgauer Rechtsfreisinns verhindern. Alleine aber findet die Linke im Grossen Rat nie eine Mehrheit. Gewinnt sie eine Schlussabstimmung, dann in aller Regel, wenn es darum ging, einen Status-Quo zu verteidigen. Und so kann die SP im Thurgauer Parlament fast nur als konservative Kraft Erfolge feiern. Wer ständig bewahren muss, führt einen endlosen Abwehrkampf. Einen Kampf, erzählt Gubser mit etwas gedämpfter Stimme, der sehr ermüdend sei.

Gubser: In meiner langen Karriere habe ich immer wieder Gute gesehen, die aufgehört haben. Als sozialdemokratisches Mitglied des Grossen Rates ist die Sinnsuche omnipräsent.

Heller: Weissst du, Peter, für das bewundere ich dich am meisten. Ich mache das nun erst ein Jahr – und stosse schon an meine Grenzen. Ich frage mich – jetzt schon –, ob es was bringt. Ich frage mich, ehrlich gesagt, ob ich meine Energie nicht besser in etwas Anderes stecken sollte.

Vielleicht, sagt Heller nach einer kurzen Pause des Schweigens, vielleicht könnte er ausserparlamentarisch mehr erreichen. Manchmal denkt er, dass ihm die Arbeit in einem Verband oder in einer Nichtregierungsorganisation mehr Befriedigung geben könnte. Heller ist für einen Mindestlohn, für den Ausstieg aus der Atomenergie – und gegen die Pauschalbesteuerung. Heller steht für eine linke Politik. Und das macht ihn im Grossen Rat, im Normalfall, zum Verlierer.

Seine bisher bitterste Niederlage musste Heller im März einstecken. Im Grossen Rat reichte er eine Motion ein, die im Thurgau ein erleichtertes Einbürgerungsverfahren bringen sollte. Das Anliegen, das in vielen Schweizer Städten und Kantonen längst umgesetzt ist, fand im Thurgau kaum Unterstützung. Und das nicht einmal in seiner eigenen Fraktion. Geradema drei von achtzehn seiner Fraktionskollegen sprachen sich für Hellers Vorstoss aus.

Die Thurgauer SP steht selten geschlossen hinter einem Anliegen. Dass es linke Themen im Parlament schwer haben, liegt – wie die Onlineplattform Smartvote zeigt – auch an den Genossen selber. So steht die SP-Frau Aliye Gül für höhere Schranken bei der Einbürgerung ein – und für die Bestrafung von Schwangerschaftsabbrüchen in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft. Auch findet Gül: Gleichgeschlechtliche Paare sollten keine Kinder adoptieren dürfen. Und Sozialdemokrat Turi Schallenberg ist gegen einen Mindestlohn, sein Kollege Peter Dransfeld für eine härtere Bestrafung bei Sachbeschädigung.

Die Positionen im rechten Flügel der Thurgauer SP unterscheiden sich kaum von jenen der Bürgerlichen. Und in Sachen Sicherheitspolitik vertritt gar eine Mehrheit der SP-Fraktion bürgerliche Positionen. Auch Gubser, der nicht zum rechten Parteiflügel gehört, plädiert für Videoüberwachung an neuralgischen Punkten, für die härtere Bestrafung von Sachbeschädigungen – und er findet, dass der Thurgau schon genug Asylbewerber aufgenommen hat.

Gubser: Ich finde, der Thurgau darf nicht zur Asylstation der Schweiz werden. Rund um das Empfangszentrum Kreuzlingen gibt es Probleme, die wirklich ernst genommen werden müssen. Es ist eine Frage der Verträglichkeit. Und wovon wir die Augen halt nicht verschliessen dürfen: Junge Nordafrikaner machen in der Schweiz oft Probleme. Die Kriminalitätsstatistik zeigt das.

Heller: Wir vertragen doch noch viel mehr Asylsuchende im Thurgau! In der Tat ist es eine Frage der Verträglichkeit – aber wir haben noch viel Platz. Und zur Kriminalitätsstatistik: Gerade mal neun Prozent werden in der Schweiz kriminell. Das sollte man nicht problematisieren. 91 Prozent machen offenbar gar keine Probleme. Und die neun Prozent: Die sind ein Problem, ja. Aber wie lösen wir das? Indem wir ihre Situation hier verbessern. Man muss schauen, dass sie sich hier sinnvoll beschäftigen können. Dass sie keinen Grund mehr haben, kriminell zu werden. Niemand wird kriminell aus Prinzip. Die wenigen, die hier kriminell werden, werden dies aus Perspektivlosigkeit. Sie wollen arbeiten – und dürfen nicht. Wer verkauft schon am Bahnhof Drogen, wenn er eine Chance auf einen guten, fair bezahlten Job hat? Niemand!

Gubser beugt sich nach vorne und erklärt Heller, dass er die Angst der Bevölkerung ernst nehmen wolle. Auch wenn er sie nicht in jedem Fall teile. Gubser, der im Gegensatz zu Heller mit Helm Fahrrad fährt, ist Sicherheitspolitik wichtig. Und dies nicht nur wegen der Sicherheit, sondern auch aus strategischen Gründen. In seiner Partei gilt Gubser als Taktiker und Wahlstrategie. Und Strategie Gubser ist überzeugt: Im Thurgau bedeutet mehr Sicherheitspolitik mehr Wähler.

Gubser: Im Allgemeinen steht für mich die Steigerung des Wähleranteils im Vordergrund. Denn mehr Wähler bedeutet, mehr Einfluss zu haben.

Heller: Ich finde, der Wähleranteil darf nie im Vordergrund sein. Wirklich nie. Man sollte nichts machen, was entgegen seinen Überzeugungen ist – nur wegen der Wähler.

Heller schüttelt energisch den Kopf, so energisch wie noch nie in diesem Gespräch, schaut zu seinem «politischen Ziehvater» und sagt, dass er eben dies nicht begreifen könne. Heller findet, dass diese Art von strategischem Denken zu kurz greift. Glaubt man ihm, der seine Matura mit Bestnote abschloss, lähmt eben dieses Denken an Wähleranteile die Partei.

Gubser relativiert seine Aussage etwas, gibt seinem jungen Kollegen teilweise Recht. Doch seine Erfahrung sage ihm: Will die SP im Thurgau Wähler gewinnen, muss sie in die politische Mitte rücken. Nach Gubser sind Mitte-Wählerinnen und -Wähler im Thurgau heimatlos. Ziel der SP sollte es sein, diese Mitte für sich zu gewinnen.

Die deutschen Sozialdemokraten sind unter dem ehemaligen Kanzler Gerhard Schröder in die Mitte gerückt – und danach abgestürzt. Die britische Labour ist unter

Tony Blair in die Mitte gerückt – und danach abgestürzt. Und die Schweiz? Ein Sonderfall? Nein, findet Heller, diesbezüglich nicht. Heller lehnt sich nach vorne und sagt: «Die SP muss auch Positionen vertreten können, die im Thurgau quer stehen.» Nur so könne seine Partei aktiv Themen setzen. Heller findet: Eine starke SP ist eine linke SP.

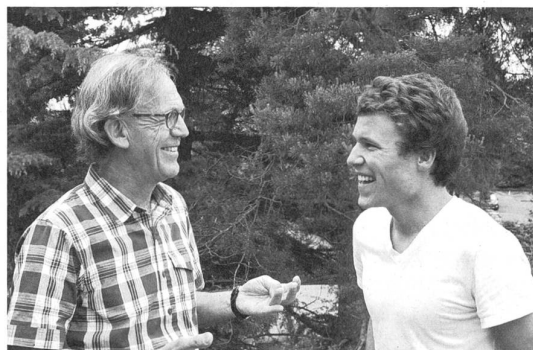
Gubser: Ich muss zugeben, als du vor – wann war das? – vor drei, vier Jahren mit grösster Begeisterung die 1:12-Initiative vorgestellt hattest, glaubte ich: Schon wieder eine Initiative ohne Chance. Doch heute sehe ich das anders. Eure Vision hat heute einen anderen Stellenwert als damals. Viele Thurgauer haben gemerkt, dass es so nicht weitergehen kann.

Heller: Weisst du, Peter, für mich zählte bei der 1:12-Initiative von Anfang an die Diskussion. Ich wollte über etwas sprechen, eine Diskussion in Gang bringen. Und das gilt nun übrigens auch für das bedingungslose Grundeinkommen.

Gubser: Ja, du hast insofern Recht, als dass wir aktiver sein müssten. Auch ausserhalb des Parlamentes. Genauso wie du und die Juso das, teilweise, machen. Die SP ist im Grossen Rat etwas lendenlahm.

Heller glaubt zu wissen, wieso viele seiner Fraktionskollegen «etwas lendenlahm» sind: In seiner Fraktion gäbe es zu viele Karrieristen. Und das hemme. Heller findet, dass zu viele seiner Kollegen zu oft an ihre Wiederwahl denken. Und wer im Thurgauer Parlament ständig an seine Wiederwahl denke, der sei nie konsequent links.

Gubser, der auf die Uhr schaut, findet auch, dass es im Thurgauer Parlament zu viele Karrieristen gibt. Und in der Berner Wandelhalle, da gäbe es noch mehr. Das sei halt so. Nun aber müsse er bald los. Gubser muss an eine nächste Sitzung. Und noch bevor er sich den Velohelm aufsetzt und davonradelt, wünscht sich Heller von seiner Fraktion mehr Mut. Mehr Mut zu nicht-mehrheitsfähigen Positionen. Denn: «Wer mit Überzeugung verliert – der gewinnt.»



«Wir müssten aktiver sein». Peter Gubser, Felix Heller (Bild: Remo Gubser)

AR: Hohe Schule des Marketings

SP-Präsident Yves-Noël Balmer über linke Inhalte. Und deren clevere Verpackung.

Für «politischen Selbstmord» hält er die Forderung nach einem Ausländerstimmrecht im Appenzeller Hinterland. Yves-Noël Balmer, der Präsident der Ausserrhoder Sozialdemokraten, befürwortet das Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene – tut dies aber leise. Denn Balmer findet: «Als Appenzeller Linker muss man das Wünschbare vom Machbaren trennen.»

«Auf kantonaler Ebene», sagt der Kantonsparlamentarier, «hat so ein Anliegen derzeit keine Chance.» Im Kantonsratssaal in Herisau sitzen gerade mal fünf Sozialdemokraten. Somit belegt die linke Traditionspartei, die demnächst ihr hundertjähriges Bestehen feiert, einen Dreizehntel der 65 Sitze. Linke Anliegen, wie das Ausländerstimmrecht, haben es im Kanton schwer.

Wer in Ausserrhoden über das Ausländerstimmrecht sprechen wolle, könne dies allenfalls auf lokaler Ebene tun. In den progressiveren Gemeinden Wald, Speicher und Trogen ist das Stimmrecht für Ausländer längst Realität. Weitere Gemeinden könnten folgen. Doch im konservativen Hinterland brauche es wohl noch ein bisschen mehr Zeit.

Der 35-jährige, der eher für eine Politik der kleinen Schritte steht, hält die Appenzeller Grünen für «unbedacht». Sie sprächen die falschen Themen zum falschen Zeitpunkt an. Zum Beispiel findet Balmer: Man solle nicht über eine Fusion des Appenzellerlandes mit dem Kanton St.Gallen sprechen, wenn nicht einmal eine Fusion von Ausser- und Innerrhoden zur Diskussion stehe. Mit ihrem «verqueren Verhalten», sagt Balmer, schadeten die Grünen der Appenzeller Linken. «Bei uns braucht linke Politik Fingerspitzengefühl.» Obwohl EU-Befürworter, hielte er einen Cédric Wermuth im Appenzellischen für zu polarisierend und spräche in einem Wahlkampf auch nicht über Europa. Auch das Referendum gegen die Asylgesetz-revision hält er für einen «taktischen Fehler».

Balmer, Fachhochschulabsolvent im Bereich Marketing und Vertriebs- und Marketingleiter einer St.Galler Firma, die Lamahaarprodukte verkauft, will in der Politik von seiner Berufserfahrung profitieren. Sein werberisches Talent zeigt sich im neuen Parteiprogramm der Ausserrhoder SP. Im Entwurf des Zwölf-Punkte-Programmes gehen die Genossinnen und Genossen auf die Landwirtschaft – und nicht auf Ausländerfragen ein. Balmer will auf die Befindlichkeiten in der Bevölkerung achten. Sowieso: Er spräche nicht vom «Ausländerstimmrecht», er spräche vom «Ortsansässigen-Stimmrecht». Denn Politik sei, sagt er, eben halt auch Verpackung.

Der Fan des sozialdemokratischen Werbeslogans «Für alle, statt für wenige» ist überzeugt: Seiner Partei gelinge es zu selten, sich verständlich auszudrücken. «Wir müssen daran arbeiten, unsere Positionen besser auf den Punkt zu bringen», sagt Taktiker Balmer. Klar, wer zu taktisch sei, der gehe auch Risiken ein. Wer zu oft schweige, wer seine Worte zu vorsichtig wähle, der drohe an Profil zu verlieren. Und wer an Profil verliert, verliert Wähler. Es brauche auch mal Mut, unpopuläre Inhalte zu vertreten.

Mut bewiesen hat Balmer im vergangenen Jahr. Damals kämpfte er gegen die Pauschalbesteuerung. Und das mit Erfolg. Im traditionell bürgerlichen Kanton stimmte eine grosse Mehrheit für das linke Anliegen. Offen bleibt, ob jener Erfolg mehr auf die Inhalte oder auf die Verpackung zurückging. Auch offen bleibt, wann in der Politik die Verpackung Ausdruck von fehlendem Mut für Inhalte ist. Wann braucht es Mut – und wann ist Mut wirklich politischer Selbstmord?



«Linke Politik braucht Fingerspitzengefühl.»
Yves-Noël Balmer (Bild: pd)

Das Ausserrhoder Zwölf-Punkte-Programm

- Bildung hochhalten
- Gesund leben
- Armut entgegenwirken
- Zum Leben attraktiv werden
- Natur beleben
- Räume planen
- Energie wenden
- Verkehr bewegen
- Finanzen und Steuern gerecht verteilen
- Wirtschaft und Arbeit entwickeln
- Landwirtschaft lokal verankern
- Gemeinden überdenken